

Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Gemeinderates

Sitzungsdatum: Dienstag, den 28.01.2025
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 19:15 Uhr
Ort, Raum: Bürgersaal des Rathauses

Anwesend:

Vorsitzender

Harsch, Frank

Mitglieder

Ellensohn, Siegfried
Garcia, Dominik Joaquin
Hägele, Sigmar
Höffling, Katrin
Hoffmann, Conny
Höfler, Armin
Kentischer, Joachim
Lang, Kerstin
Lohner, Oskar
Maier, Bernhard
Meier-Lang, Isabel
Scheller, Urs
Schmidbauer, Jörg
Schnekenburger, Dominik
Schoch, Martin
Steiner, Gerhard
Strobel, Angelika
Strobel, Tim
Waldschütz, Jürgen

Protokollführer

Hock, Jochen

Verwaltung

Bezikofer, Heike
Distler, Matthias
Muscheler, Katja

Sonstige

Flegler, Manfred
Freund, Thomas, Geschäftsführer Stadtwerke
Engen GmbH
Mayer, Reinhold

Abwesend:

Sonstige

Stärk, Alexa

entschuldigt

Zuhörer: 5

Pressevertreter: 2 (Hegaukurier, Südkurier)

1 Bestimmung der das Protokoll unterschreibenden Stadträte

Zur Unterzeichnung des Protokolls werden die Stadträte Martin Schoch und Gerhard Steiner nach § 38 Abs. 2 GemO bestimmt.

2 Bekanntgabe in der letzten nichtöffentlichen Sitzung gefassten Beschlüsse

Gem. § 35 Abs. 1 Satz 4 GemO werden folgende Beschlüsse des Gemeinderates aus der letzten nichtöffentlichen Sitzung vom 17.12.2024 bekannt gegeben:

1. Der Gemeinderat stimmt der Veräußerung des Erbbaurechts mit Kaufvertrag vom 26.11.24 zu.
Ein Vorkaufsrecht wird an dem Erbbaurecht nicht ausgeübt.
Der Gemeinderat stimmt der Belastung des Erbbaurechts mit einer Grundschuld über 240.000 € zugunsten der Sparkasse Engen-Gottmadingen zu.
2. Der Gemeinderat hat eine Personalangelegenheit beschlossen

3 Vorstellung der neuen Stadtjugendarbeiterin Vorlage: 006-25

BÜRGERMEISTER HARSCH begrüßt die neue Stadtjugendarbeiterin, FRAU FISCHER, in der Sitzung und bittet sie, sich dem Gremium vorzustellen.

FRAU FISCHER stellt sich dem Gremium vor, erläutert ihre bisherigen Stationen und ihre Motivation nach Engen zu wechseln. Sie erläutert grundsätzlich ihre Vorstellungen der künftigen Jugendarbeit und mögliche Kooperationen und die Zusammenarbeit mit der Schulsozialarbeit und weiteren Institutionen in Engen. Zuletzt teilt FRAU FISCHER dem Gremium mit, wann der Jugendtreff künftig geöffnet hat und für welche Zielgruppe der Jugendtreff zu Verfügung stehe.

Nachdem keine Fragen aus dem Gremium vorliegen, nimmt der Gemeinderat die Vorstellung zur Kenntnis.

4 Rück- und Ausblick aus den Partnerstädten Engens Vorlage: 004-25

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nr. 004 - 25 ein und begrüßt den Partnerschaftsbeauftragten, ULRICH SCHELLER, recht herzlich in der Sitzung und bittet ihn einen kurzen Rückblick bzw. Ausblick auf das Jahr 2025 zu geben.

Zunächst teilt HERR SCHELLER Inhalte aus dem Treffen des Regionalverband Süd der deutsch-französischen Gesellschaften mit. Dort sei das deutliche Ergebnis gewesen, dass

Engen eines der intensivsten Netzwerke von Europakontakte in Baden-Württemberg pflege. Dies sei laut Herr Scheller nur durch die große Unterstützung von Gemeinderat, Verwaltung, Bürgerschaft und Bürgermeister möglich, was dazu führe das seit über 30 Jahren der Aufbau vieler Kontakte zu einem funktionierenden Netzwerk mit allen Partnerstädten und den Menschen in Engen, Pannonhalma, Trilport und Moneglia ermöglicht habe.

BÜRGERMEISTER HARSCH hätte sein Versprechen, noch 2024 alle drei Partnerstädte zu besuchen, eingehalten. Anschließend berichtet PARTNERSCHAFTSBEAUFTRAGTER SCHELLER über die Besuche in Pannonhalma und Moneglia. Insbesondere Trilport stehe in diesem Jahr mit dem 25-jährigen Städtepartnerschaftsjubiläum im Fokus. Das Jubiläum werde vom 8. bis 11. Mai 2025 stattfinden. Außerdem komme eine Schulgruppe aus Trilport am 31. März nach Engen. Der Schüleraustausch würde dank engagierter Lehrkräfte des Anne-Frank-Schulverbundes bereits langjährig funktionieren.

Zuletzt überbringt HERR SCHELLER die Grüße und den Dank aller drei Bürgermeister der Partnerstädte und bedankt sich als Beauftragter für die Pflege der internationalen Partnerschaften für die stets wohlwollende Unterstützung.

STADTRÄTIN ANGELIKA STROBEL möchte wissen, wie es grundsätzlich im Partnerschaftsverein laufen würde. HERR SCHELLER antwortet, dass der e. V. leider aufgelöst werden musste, da sich keine neue Vorstandschaft gefunden hätte. Dies sei aus seiner Sicht jedoch kein Problem, somit habe man mehr Zeit ohne die übliche und notwendige Vereinsarbeit. Außerdem gebe es weiterhin die verschiedenen Arbeitskreise für jede Partnerstadt, welche auch einen jeweiligen Sprecher hätten. Die Auflösung des Vereins nach 30 Jahren bedaure er, jedoch konnte er nicht mehr alles alleine machen. Die Arbeit in den Arbeitskreisen würde sehr gut laufen, die Unterstützung sei groß.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, bedankt sich BÜRGERMEISTER HARSCH für den Bericht und verabschiedet HERRN SCHELLER aus der Sitzung.

5 Beratung über den Haushaltsplanentwurf sowie das dazugehörige Investitionsprogramm 2025

Vorlage: 011-25

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in Vorlage Nr. 011 - 25 ein und bittet KÄMMERIN MUSCHELER den Haushaltsplanentwurf 2025 vorzustellen.

Zu Beginn teilt KÄMMERIN MUSCHELER dem Gremium mit, dass die rechtliche Vorgabe eines genehmigungsfähigen Haushalts erreicht sei. Der Entwurf sehe ein ordentliches Ergebnis in Höhe von 3.400 € vor, außerdem ein Zahlungsmittelüberschuss des Erlebnishaushaltes in Höhe von ca. 1,5 Mio. €. Die Liquidität zum 31.12.2025 würde sich den Ansätzen zufolge auf ca. 13,3 Mio. € reduzieren. Im Finanzplanungszeitraum würden sich die liquiden Mittel auf 4,3 Mio. € reduzieren.

Dass selbst gesteckte Ziel einer Mindestliquidität in Höhe von 10 Mio. € hätte man somit unterschritten. Außerdem verweist KÄMMERIN MUSCHELER darauf, dass im Finanzplanungszeitraum das ordentliche Ergebnis negativ ausfallen würde. Kreditaufnahmen seien dagegen sowohl im Planungsjahr 2025, sowie in der Finanzplanung aktuell nicht vorgesehen. Damit ein marginaler Überschuss im ordentlichen Ergebnis erreicht werden konnte, seien erhebliche Veränderungen im Vergleich zur Vorlage im Dezember erforderlich gewesen.

Die Reduzierung der Abschreibungen in Höhe von ca. 600.000 €, die Reduzierung des Ansatzes für Personalausgaben in Höhe von rund 600.000 € sowie die Reduzierung des

Bewirtschaftungsansatzes in Höhe von ca. 100.000 € und die Erhöhung der Abwassergebühr sowie der Schlüsselzuweisungen vom Land, hätten insgesamt zur erheblichen Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses geführt.

Ergänzend teilt KÄMMERIN MUSCHELER mit, dass die Kürzungen im Wesentlichen von der Kämmerei vollzogen wurden. Die Kürzungen der Ansätze könnten unter Umständen dazu führen, dass Anträge für über planmäßige bzw. außerplanmäßige Ausgaben gestellt werden müssten. Außerdem seien die Budgetverantwortlichen in der Pflicht auf ihr Budget genau zu achten.

Anschließend erläutert KÄMMERIN MUSCHELER die wesentlichen Erträge im Ergebnishaushalt und geht hier insbesondere auf den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer, die Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte sowie auf die Grundsteuer B ein. Man würde hier ungeachtet wirtschaftlicher Entwicklungen konstant auf einem hohen Niveau planen. Kritisch angemerkt wird in diesem Zusammenhang, dass die Summe der Gewerbesteuer, die Schlüsselzuweisungen, die Einkommensteuer, die Investitionspauschale und die allgemeinen Landeszuweisungen mit 27,1 Mio. € fast 70 % des Gesamtbetrages ausmachen würden. Es würde sich hierbei um Erträge handeln, von denen die Stadt Engen abhängig sei und welche vor allem nicht beeinflusst werden könnten. Ergänzend teilt KÄMMERIN MUSCHELER mit, dass für 2025 auch wieder eine Gewinnausschüttung der Stadtwerke an die Stadt Engen eingeplant sei. Außerdem sei in der Finanzplanung bereits eine Erhöhung der Gewerbesteuer eingeplant, die Zinserträge hätte man in der Finanzplanung etwas rückläufig eingeplant.

Die wesentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt seien insbesondere auf die steigenden Personalausgaben und die höhere Kreisumlage zurückzuführen. Im Personalbereich hätte man entgegen der Personalkostenhochrechnung den Ansatz im Vergleich zum ersten Entwurf erheblich reduziert. Eine mögliche Erhöhung der Kreisumlage hätte für Engen starke Auswirkungen. Dies könnte dazu führen, dass man im Vergleich zum Jahr 2023 ca. 3 Mio. € mehr Kreisumlage zahlen würde. Im Bereich der Bewirtschaftung hätte man im Finanzplanungszeitraum keine Steigerung mit eingeplant. Ähnlich wie im Ertragsbereich würde es auch im Bereich der Aufwendungen fünf starre Aufwandspositionen geben, welche mit 29,3 Mio. € nahezu 75 % des Gesamtaufwandes bedeuten würde. Dies führe dazu, dass ein kurzfristiges Agieren in Notlagen nicht möglich sei.

Nachdem der Ergebnishaushalt vorgestellt wurde, erläuterte KÄMMERIN MUSCHELER nun den Finanzhaushalt, beginnend mit den Einzahlungen aus Investitionstätigkeiten. Hierbei würde man mit Einnahmen aus Investitionstätigkeiten in Höhe von ca. 3,2 Mio. € planen. Im Bereich der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit hätte man im Bereich der Baumaßnahmen einen Ansatz in Höhe von 8,6 Mio. € eingeplant und den bereits beschlossenen Kassenkredit an die Stadtwerke in Höhe von 2,5 Mio. €. Die Zinserträge aus dem Darlehen an die Stadtwerke seien dagegen noch nicht mit eingeplant. Insgesamt plane man Auszahlungen in Höhe von ca. 12,8 Mio. €.

Anschließend erläutert KÄMMERIN MUSCHELER die Gesamtzusammenstellung im Finanzhaushalt, welche zeigt, dass man im Finanzergebnis aus Investitionstätigkeit ein Minus in Höhe von 9,5 Mio. € plane. Wie bereits vorangegangen mitgeteilt, würden die liquiden Mittel zum 31.12.2025 auf ca. 13,3 Millionen € sinken. Kreditaufnahmen seien nicht eingeplant und das ordentliche Ergebnis würde positiv ausfallen.

Anschließend berichtet KÄMMERIN MUSCHELER über die wesentlichen Investitionsmaßnahmen 2025, darunter Baumaßnahmen im Bereich Anne-Frank-Schulverbund, die Erweiterung des Kinderhauses Glockenziel, der Filteraustausch im Erlebnisbad, der Bau des Kaltlagers für den Bauhof, sowie städtische Sanierungsmaßnahmen in der Kernstadt. Hierbei merkt KÄMMERIN MUSCHELER kritisch an, dass bei den genannten Investitionsvorhaben weitere große Investitionen noch nicht einmal berücksichtigt seien. Stellvertretend hierfür nennt sie die Sanierung des Kornhauses, den Hochwasserschutz in Engen, weitere Kanalsanierungsmaßnahmen

sowie weitere EDV Investitionen. Ebenso hätten Projekte wie das Fernwärmenetz, der Neubau von Bürgerhäusern, die Erschließung von Baugebieten und der enorme Aufwand im Bereich Unterhaltung von Gebäude und Infrastrukturvermögen noch keine Berücksichtigung gefunden.

Der Ausgleich des Ergebnishaushaltes sei nur 2025 möglich. KÄMMERIN MUSCHELER macht unmissverständlich deutlich, dass für die genannten Investitionsmaßnahmen in den Folgejahren Überschüsse aus dem laufenden Betrieb notwendig seien. Bei der Planung für die Haushaltsjahre 2025-2028 sei ein konstant hohes Steueraufkommen unterstellt worden. Außerdem sei ab dem Jahr 2025 eine Erhöhung der Hebesätze der Grund- und Gewerbesteuer mit eingeplant. Sollten künftig Zahlungsmittelüberschüsse aus dem laufenden Betrieb nicht erreicht werden, so sei eine Finanzierung nicht möglich und Kreditaufnahmen unumgänglich.

Aus Sicht von KÄMMERIN MUSCHELER sei eine Aufgabenkritik im Bereich der freiwilligen Tätigkeiten unbedingt notwendig. Hierbei könne das Haushaltskonsolidierungskonzept aus dem Jahr 2023 behilflich sein. Anschließend merkt KÄMMERIN MUSCHELER an, dass der Haushaltsplanentwurf 2025 einige Risiken und hohe finanzielle Anforderungen beinhalte. In diesen Zusammenhang schlägt KÄMMERIN MUSCHELER ein Haushaltskomitee vor, welches sich mit den enormen Investitionen intensiv auseinandersetzen solle.

Die Kämmerei empfiehlt, den Haushaltsplan wie dargestellt aufzustellen und für das Planungsjahr 2026 entsprechende Strukturen, wie vorgeschlagen, zu schaffen.

STADTRAT BERNHARD MAIER hält fest, dass die rote Null schon mal gut sei. Darüber hinaus hätte er drei Fragen. Zum einen, wann man mit den Zuwendungen vom Glasfaserausbau rechnen könne; was es sich mit dem extra Posten der Unfallversicherung auf sich hätte, sowie die bitte die Personalkosten grafisch aufzuarbeiten und in die Bereiche Verwaltung, Bauhof, Erzieherinnen aufzugliedern. HAUPTAMTSLEITER HOCK antwortet, dass man in diesem Jahr mit den Zuwendungen aus dem Breitbandförderungsprogramm rechne. Man habe die Anträge zur Mittelauszahlung bereits im Mai 2023 gestellt. Seitdem sei man mit Verwendungsnachweisen und Nachforderungen seitens des Projektträgers beschäftigt. Immerhin seien in letzter Zeit vermehrt endgültige Bewilligungsbescheide eingegangen und man sei zuversichtlich, dass man in diesem Jahr mit den restlichen Auszahlungen rechnen könne. In Bezug auf die Frage nach den Personalkosten sichert HAUPTAMTSLEITER HOCK zu, dass man analog vergangener Aufstellungen eine grafische Aufbereitung vorbereiten werde. KÄMMERIN MUSCHELER erläutert in Bezug auf die Unfallversicherung, dass man diese schon immer gehabt hätte nun aber buchungstechnisch auf einer Extraposition aufgelistet sei.

STADTRAT TIM STROBEL äußert sich dahingehend, dass er über das Ergebnis positiv überrascht sei, nachdem man bereits seit vielen Jahren davon spreche, dass es „5 vor 12“ sei. Er könne die Kürzungen noch nicht so richtig einschätzen. Aus seiner Sicht müsse der Haushalt langfristig politisch betrachtet werden und wünscht sich hierzu eine ausgiebige Diskussion. Außerdem fügt er hinzu, dass er der Meinung sei, dass man sich verreine, wenn man weiterhin ausgiebige Versprechungen mache, die man aufgrund der Finanzlage eventuell nicht einhalten könne. Diesbezüglich plädiert er wie bereits von KÄMMERIN MUSCHELER vorgeschlagen, ein Haushaltskomitee oder eine Haushaltsstrukturkommission zu gründen die sich intensiv mit dem Haushalt beschäftige. Aus seiner Sicht müsse man sich zwingen eine Aufgabenkritik zu üben und konsequent anzuwenden. BÜRGERMEISTER HARSCH antwortet, dass man noch im ersten Halbjahr ein entsprechendes Komitee gründen werde.

STADTRAT GERHARD STEINER bedankt sich für die Aufstellung des Haushaltes und hält zusammenfassend fest, dass die Investitionen entzerrt werden müssten. Hierbei stellt er sich die Frage, ob das Städtebauförderungsprogramm verlängert werden könne. Grundsätzlich könne man im Grundsatz den Haushaltsplanentwurf 2025 mittragen, wohl wissend, dass in der Planung hohe Risiken mit eingeplant seien. Außerdem macht er deutlich, dass aus Sicht der UWV

Fraktion am internen Ziel einer Mindestliquidität in Höhe von 10 Mio. € nach wie vor bestand habe. Ansonsten riskiere man, die Handlungsfähigkeit zu verlieren.

BÜRGERMEISTER HARSCH ergänzt, dass es nicht viele Kommunen gebe, die im Ergebnishaushalt im positiven Bereich seien. Dennoch läge ein enormes Investitionsprogramm vor der Stadt, welches weitere Investitionen darüber hinaus kaum möglich mache. Andererseits müsse man sich auch bewusstmachen, dass die Investitionen unumgänglich seien. Die Frage sei nur, wann man die Maßnahmen umsetze. Außerdem macht er deutlich, dass der Schwerpunkt des Haushaltes, in der Planung des Jahres 2025 gelegen habe und deshalb das Kornhaus noch nicht berücksichtigt sei. Ein Haushaltskomitee halte er für eine gute Idee und werde man im 1. Halbjahr entsprechend angehen. Ergänzend teilt BÜRGERMEISTER HARSCH auch mit, dass mögliche Einsparungen und Kürzungen im Bereich der freiwilligen Aufgaben für die Bevölkerung immer spürbar seien und grundsätzlich auch weh tun würden.

STADTRAT DOMINIK SCHNEKENBURGER macht darauf aufmerksam, dass für den Ortsteil Stetten keinen Defibrillator eingestellt sei. KÄMMERIN MUSCHELER antwortet, dass eventuell hier schon eine Spendenzusage vorliege. BÜRGERMEISTER HARSCH ergänzt, dass auf jeden Fall in jedem Ortsteil ein Defibrillator angeschafft werde. Außerdem möchte STADTRAT DOMINIK SCHNEKENBURGER wissen, ob man sich im Bereich der EDV über Leasing Gedanken gemacht habe. HAUPTAMTSLEITER HOCK antwortet, dass dies schon viele Jahre Thema sei aber aus Sicht der IT keine praktikable Lösung sei, da man dadurch die Flexibilität im Austausch der Hardware verlieren würde. Außerdem würde man aktuell die Hardware deutlich länger im Einsatz haben, als es bei Leasinggeräten der Fall wäre. Dadurch würde man sich erhebliche Kosten einsparen.

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ fordert ein, dass man ein konkretes Angebot für Leasing im Bereich der EDV Hardware einholen solle. Außerdem würde man schon länger über eine kritische Betrachtung der freiwilligen Aufgaben sprechen. Hierzu möchte er wissen, wann dies der Fall sei. Außerdem stellt er fest, dass bereits höhere Entgelte mit eingeplant seien und möchte wissen, in welchem Bereich. KÄMMERIN MUSCHELER antwortet, dass es sich hierbei um die bereits beschlossene Erhöhung der Abwassergebühren handeln würde.

Kritisch merkt STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ an, dass die Planungen nicht transparent genug seien und nennt hierzu das Beispiel, dass man im Investitionsbereich 7 Mio. € eingeplant habe, obwohl man wisse, dass man nur rund 4 Mio. schaffen würde. Man brauche aus seiner Sicht keine Planung, wenn diese unrealistisch sei und nicht eingehalten werden könne. Außerdem möchte er wissen, warum man im Bereich der Feuerwehr noch nicht budgetiert sei. Zuletzt bedankt sich STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ bei KÄMMERIN MUSCHELER für die Aufstellung des Haushaltsplanes. KÄMMERIN MUSCHELER antwortet, dass der Bereich der Feuerwehr seit der Einführung des NKHR bereits budgetiert sei und innerhalb der Feuerwehr alle Positionen deckungsfähig seien. Einzig die Übertragbarkeit des Budgets sei noch nicht vereinbart.

STADTRAT ARMIN HÖFLER möchte wissen, ob sich die Investitionen aus dem Bereich der Feuerwehr aus der Bedarfsplanung ergeben würden. BÜRGERMEISTER HARSCH bejaht diese Frage.

Außerdem möchte STADTRAT ARMIN HÖFLER wissen, wie man zusätzliche Einnahmen generieren könne. Hierbei denke er insbesondere an die Erschließung von Bauplätzen zum Beispiel in Zimmerholz, welche aus der Planung rausgefallen seien. STADTBAUMEISTER DISTLER bejahte dies und begründet dies damit, dass man hier Grundstücke für Einheimische vorhalten möchte und bei entsprechenden Anfragen reagieren würde. Aktuell habe man keinen Druck Baugebiete zu erschließen.

STADTRAT URS SCHELLER bittet die Verwaltung darum, Lösungen aufzuzeigen, wie die Haltbarkeit von Fahrzeugen im Bereich der Feuerwehr verlängert werden könne bzw. Neuanschaffungen gestreckt werden könnten. BÜRGERMEISTER HARSCH antwortet, dass der Feuerwehrbedarfsplan eine Richtschnur sei und keine gesetzliche Verpflichtung darstelle. Grundsätzlich müsse man aber davon ausgehen, dass die Notwendigkeit der Anschaffungen aus dem Bedarfsplan gegeben sei. Spannend sei es erst dann, wenn Anschaffungen gewünscht seien, welche nicht im Bedarfsplan stehen würden. Der Feuerwehrbedarfsplan werde in der kommenden Sitzung intensiver vorgestellt.

STADTRÄTIN CONNY HOFFMANN vermisse ebenfalls realistische Ansätze. Sie könne sich daher nicht erklären, weshalb zum Beispiel die Erneuerung der Box in der Stadtbibliothek, welche offensichtlich defekt sei keine Berücksichtigung in der Planung finde. BÜRGERMEISTER HARSCH sichert zu dies zu überprüfen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beauftragt die Stadtverwaltung den Haushaltsplan 2025 wie dargestellt auszufertigen.

**6 Beschlussfassung zur Genehmigung von überplanmäßigen Ausgaben für das Budget MB Organe und Hauptamt
Vorlage: 009-25**

BÜRGERMEISTER HARSCH verweist auf die Vorlage Nr. 009 - 25.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat genehmigt die überplanmäßige Ausgabe für das Budget 200102001 MB Organe und Hauptamt in Höhe von insgesamt 50.000 EUR.

Die Deckung erfolgt über das Budget 151106001 EB Stadtsanierung, Produkt 51.10.0900 Städtebauliche Sanierungsmaßnahmen, Sachkonto 4431.0060 Sachverständigen-, Gerichts- und ähnliche Kosten

**7 Beschlussfassung über die Vergabe zur Erstellung eines Starkregenrisikokonzepts
Vorlage: 010-25**

BAUVERWALTUNGSLEITERIN BEZIKOFER verweist auf die Vorlage Nr. 166 - 24 und ergänzt, dass es sich hierbei nun um die Vergabe zur Erstellung des Starkregenrisikokonzepts handle.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Vergabe zur Erstellung eines Starkregenrisikokonzepts an die Geomer GmbH aus Heidelberg entsprechend ihrem Angebot zum Preis von 99.262,78 € zu.

8 Beschlussfassung über die Vergabe zur Herstellung der Außenanlage im

Kroneareal in Anselfingen
Vorlage: 008-25

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nr. 008 - 25 ein und bittet STADTBAUMEISTER DISTLER die Vorlage vorzustellen.

STADTBAUMEISTER DISTLER teilt mit, dass es sich bei der Vergabe um eine Steigerung in Höhe von 17,9 % zum Vergleich der Kostenschätzung handeln würde. Das würde sich insgesamt durch das Projekt durchziehen. Grundsätzlich hätte man mit der Firma Schmidtke bereits die Pflasterarbeiten durchgeführt und man hätte gute Erfahrungen gemacht. Insgesamt sei man beim Projekt noch im Kostenrahmen, welchen man daher vorerst so stehen lassen könne.

Nachdem keine Wortmeldungen vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt, der Firma Schmidtke den Auftrag zur Angebotssumme von 98.655,38 € zu erteilen.

9 Beschlussfassung über die Vergabe der Flutlichtanlage im Zuge der Sanierung des Hegaustadions
Vorlage: 014-25

BÜRGERMEISTER HARSCH verweist auf die Vorlage Nr. 014 - 25 und bittet STADTBAUMEISTER DISTLER die Vorlage vorzustellen.

STADTBAUMEISTER DISTLER verweist im Wesentlichen auf die Vorstellungen der TUA Sitzung vom 12.12.2024 und ergänzt, dass die Leuchten selbst veraltet seien und im Zuge der Sanierung mit ausgetauscht werden sollen. Infolgedessen würden zehn Leuchten im Stadion benötigt werden. Das Leistungsverzeichnis habe zwar entsprechende Positionen für die Erneuerung der Beleuchtung vorgesehen, jedoch keine konkrete Stückzahl genannt. Die nun festgelegte Anzahl an Masten und Leuchten würde eine Massenmehrung, mit Mehrkosten in Höhe von rund 43.000 € verursachen.

Grundsätzlich sei nach bisherigem Kostenstand und den geringeren Baukosten bei der Vergabe, trotz der zusätzlichen Maßnahme eine Erhöhung der Haushaltsmittel nicht erforderlich.

STADTRAT BERNHARD MAIER weist nochmals darauf hin, dass Frau Wessel bei der Vorstellung im TUA expliziert gesagt hätte, dass die zusätzlichen Positionen, welche nicht im Leistungsverzeichnis berücksichtigt waren, nicht in die Honorarabrechnung mit einfließen werden. STADTRAT BERNHARD MAIER bittet darum dies entsprechend zu beachten.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen erfolgen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt die zusätzlichen Leuchten für einen Betrag von 43.035 € zu beauftragen.

**10 Beschlussfassung über ein kleines Mammut für den Eiszeitpark
Vorlage: 003-25**

BÜRGERMEISTER HARSCH verweist auf die vorliegende Drucksache Vorlage 003 - 25.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Realisierung des Projektes „kleines Mammut im Eiszeitpark“ zu.

11 Fragemöglichkeiten der Bürgerinnen und Bürger

**12 Beschlussfassung zur Annahme von Spenden.
Vorlage: 007-25**

BÜRGERMEISTER HARSCH verweist auf die vorliegende Drucksache Vorlage Nummer 007 - 25.

Ohne Aussprache fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Spenden zu.

13 Dringende Vergaben

**13.1 Dringende Vergabe
Beschlussfassung über die Vergabe einer personellen Unterstützung im Erlebnisbad
Vorlage: 018-25**

BÜRGERMEISTER HARSCH leitet in die Vorlage Nr. 018 - 25 ein und bittet BAUVERWALTUNGSLEITERIN BEZIKOFER die Vorlage zu erläutern.

BAUVERWALTUNGSLEITERIN BEZIKOFER teilt mit, dass aufgrund Renteneintrittsalter eine Nachbesetzung zur Aufsicht im Erlebnisbad notwendig sei. Eine Stellenbesetzung sei bisher nicht möglich gewesen, weshalb man auf einen externen Dienstleister zurückgreifen müsse. Hierzu würde nun ein entsprechendes Angebot vorliegen.

HAUPTAMTSLEITER HOCK ergänzt, dass der Betrag grundsätzlich deutlich über den Kosten einer eigenen Kraft liegen würde. Nachbarkommunen würden ebenfalls bereits auf den genannten Dienstleister zurückgreifen, da der Markt aktuell leider keine Fachkräfte hergebe. Man wolle dies für diese Saison ausprobieren, strebe langfristig aber eigene Kräfte an.

STADTRAT URS SCHELLER erkundigt sich was passiere, wenn die gestellte Kraft krank sei. BAUVERWALTUNGSLEITERIN BEZIKOFER antwortet, das vom Dienstleister der Ersatz garantiert sei.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen mehr vorliegen, fasst der Gemeinderat einstimmig folgenden

Beschluss:

Der Gemeinderat stimmt dem Pauschalangebot der DSRA Kriege und Lohmann für eine Bäderfachkraft über 94.000 € netto zu.

14 Mitteilungen aus der Verwaltung

14.1 GR-Mitteilung Autobahnraststätte Ost Richtung scheurenbohl

14.2 Mitteilung 30. Änderung FNP der VG Stockach

14.3 Mitteilung 6. Änderung FNP Tengen 2030

14.4 Mitteilung Baumfällung Fußweg Glockenziel Wilhelm Wetzel Straße

14.5 Mitteilung Baumfällung Parkplatz Felsenareal

STADTRÄTIN ANGELIKA STROBEL möchte im Zuge dieser Mitteilung wissen, ob es im Bereich des alten Stadtgartens ebenfalls Ersatzpflanzungen geben werde. Außerdem erkundigt sie sich nach dem gefälltten Baum im Bereich der Altstadt vor ihrer Praxis.

STADTBAUMEISTER DISTLER antwortet, dass grundsätzlich Ersatzpflanzungen vorgesehen seien, Einzelfälle aber mit Frau Schramm besprochen werden müssten. Im Bereich der Altstadt gebe es eventuell eine alternative Bepflanzung, da der aktuelle Bestand wohl nicht standortgerecht sei. Grundsätzlich würde es für die Bepflanzung der Altstadt ein ganzheitliches Konzept geben.

14.6 Mitteilung immissionsschutzrechtliche Genehmigung Windpark Brand

14.7 Mitteilung über die Pressemitteilungen zur Förderung des Breitbandausbaus

14.8 Mitteilung über die Vereinssonderzuschüsse 2025

14.9 Mitteilung zu Bauanträgen

14.10 Mitteilung zum Bauantrag Anbau eines Mehrfamilienhauses mit Tiefgarage, Anselfingen

14.11 Mitteilung zum Bauantrag Energetische Sanierung Sparkassengebäude, Engen

- 14.12 Mitteilung zum Bauantrag Neubau einer barrierefreien Sanitäreanlage für einen Campingplatz, Engen**
- 14.13 Mitteilung zum Bauantrag Neubau einer Fertigteilgarage, Neuhausen**
- 14.14 Mitteilung zum Bauantrag Neubau einer Wohnanlage mit 10 Wohneinheiten, Engen**
- 14.15 Mitteilung zum B-plan Solarpark Schlatt in Schlatt unter Krähen**
- 14.16 Mitteilungsvorlage 25jährigen Partnerschaftsjubiläum**
- 14.17 Mitteilungsvorlage Gedenkveranstaltung**
- 14.18 Mitteilungsvorlage Stolpersteinverlegung**
- 14.19 Mitteilungsvorlage Zustellung Grundsteuerbescheide 2025**

KÄMMERIN MUSCHELER verweist auf die eingestellte Mitteilungsvorlage zur Zustellung der Grundsteuerbescheide 2025. Sie bittet darum, dass nicht zugestellte Grundsteuerbescheide der Kämmerei mitgeteilt werden. Außerdem werde man im kommenden Hegaukurier noch einen entsprechenden Hinweis einstellen.

- 14.20 Mitteilung Radweg Welschingen - Weiterdingen**
- 14.21 öffentlich_Mitteilungsvorlage Gewerbeanfragen 3+4_2024**

15 Anregungen und Anfragen aus dem Gemeinderat

15.1 Anfrage zur Erneuerung der Filteranlage im Erlebnisbad

STADTRAT BERNHARD MAIER erkundigt sich nach dem aktuellen Stand zu Erneuerung der Filteranlage im Erlebnispark. STADTBAUMEISTER DISTLER antwortet, dass man aktuell gut im Zeitplan liege sofern keine Komplikationen auftreten würden.

15.2 Verkehrskontrollen an der Grundschule Engen

STADTRÄTIN ISABEL MEIER-LANG teilt mit, dass die durchgeführten Kontrollen an der Grundschule einen sehr positiven Effekt gehabt hätten und tatsächlich keine Elterntaxis mehr vor der Schule aufgetreten seien. Sie teilt mit, dass diese Kontrollen gerne wiederholt werden könnten.

15.3 Einwohnerversammlung Stetten

STADTRAT DOMINIK SCHNEKENBURGER teilt mit, dass aus seiner Sicht die Einwohnerversammlung in Stetten einen sehr positiven Effekt gehabt hätte und es sich um einen sehr guten Austausch gehandelt habe. Diesbezüglich fragt er nach, ob ein Glasfaseranschluss im Bürgerhaus angedacht sei. BÜRGERMEISTER HARSCH antwortet, dass grundsätzlich alle betroffenen Gebäude, die erreichbar seien, im Zuge der anstehenden Baumaßnahmen angeschlossen werden sollen.

15.4 Hinweis zur Johann-Peter-Hebel-Straße

STADTRAT OSKAR LOHNER teilt mit, dass aus seiner Sicht der Straßenbelag in der Johann-Peter-Hebel-Straße enorme Probleme verursache. An kalten Tagen sei die Straße außergewöhnlich stark glatt und kaum befahrbar. STADTBAUMEISTER DISTLER sichert zu dies zu prüfen.

15.5 Hinweis zum Narrentreffen Engen

STADTRAT SIGMAR HÄGELE teilt mit, dass beim Narrentreffen erheblich mehr Verkehrsschilder benötigt wurden als das beim eingeholten Angebot vorgesehen gewesen sei. Die Kosten im Vergleich zum Angebot hätten sich wohl verdoppelt.

STADTRAT SIGMAR HÄGELE teilt außerdem mit, dass aus seiner Sicht bereits in der nächsten Sitzung eine konkrete vollumfängliche Kostenaufstellung vorgestellt werden könne. BÜRGERMEISTER HARSCH antwortet, dass man eine entsprechende Aufstellung auch seitens der Verwaltung einbringen werde, ob man dies bis zur nächsten Sitzung schaffe müsse man intern noch abklären. Aus seiner Sicht hätte die Abrechnung aber auch keine Eile und können im Zweifel auch noch im März oder April eingebracht werden.

15.6 Anregung zur Förderrichtlinie Einzelhandel Altstadt

STADTRAT JÜRGEN WALDSCHÜTZ bittet die Verwaltung darum, die aktuelle Zuschussrichtlinie zur Förderung des Handels in der Altstadt zu überprüfen. Aus seiner Sicht könnten die Voraussetzungen heutzutage kaum erreicht werden. BÜRGERMEISTER HARSCH sichert zu dies zu überprüfen.

Unterzeichner/in:

Datum:

Frank Harsch
Bürgermeister

Jochen Hock
Protokollführer

Martin Schoch
Stadtrat

Gerhard Steiner
Stadtrat
